

Für Europa und die soziale Gerechtigkeit!

Welche Story über Europa passt in die Zeit und in den SPD-Wahlkampf?

„Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, das alte, hast keine verfallene Schlösser und keine Basalte. ...“, - so fasste Goethe vor 200 Jahren die Unterschiede zwischen den USA und Europa in Verse. Heute ist zu fragen, ob wir nicht unseren Kontinent, das alte Europa, auch dadurch politisch *besser* als das gegenwärtige Amerika in Stellung bringen können, dass wir uns an die Tradition der *Schlösser* erinnern. Schließlich gibt es hier nicht nur Republiken sondern auch lebendige Monarchien. Bei internationalen Umfragen über Zufriedenheit und Glücklichein der Menschen stehen die europäischen Königreiche sogar stets weit oben auf der Liste.

Das Kernthema der SPD im Wahlkampf ist die soziale Gerechtigkeit – und dafür liegen „Schlösser“ eigentlich nicht gerade auf der Hand. Wenn aber das abstrakte Gerechtigkeitsziel mit einer überzeugenden Story verdeutlicht werden soll, dann müssen die tief sitzenden, und nicht nur die oberflächlichen Bilder angesprochen werden. Wie sieht das als „gut“ empfundene gesellschaftliche Gemeinwesen eigentlich aus? Welche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit gibt es? Und welche konkreten Antworten sind politisch zu geben?

Ist die Europäische Union nur eine erweiterte demokratische Republik mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, in der „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“ und nur „auf Zeit“ regiert wird? Diese Story suggeriert, dass jede Abweichung von der Gleichheit der erwachsenen Zeitgenossen und Wähler als „ungerecht“ empfunden werden würde. Aber so ist das ja nicht. Und darauf ließe sich auch kein Wahlkampf gründen, denn die europäischen Schlösser in Goethes Aphorismus sind ja gar nicht „verfallen“! Wir leben noch immer und ziemlich glücklich in Gesellschaften, ja in Königreichen, in denen es Aristokraten, Prinzessinnen und Fürsten gibt, wo also nicht nur „Brüder“, sondern auch Vorfahren, Eltern und Großeltern, Kinder und Enkel, ja sogar die „zukünftigen Generationen“ aus den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen präsent sind.

Warum werden auch große Unterschiede in Reichtum und Anerkennung gar nicht generell als schrecklich „ungerecht“ wahrgenommen? Weil die Vor-

¹ Emeritierter Professor für VWL / Politische Ökonomie Lateinamerikas an der Freien Universität Berlin
manfred.nitsch@t-online.de

stellung von einem sozialen „Organismus“, wie man früher einmal sagte, für die Beheimatung des Menschen in Familie und Clan auf allen Ebenen sorgt. Nicht nur demokratische Gleichheit, sondern auch die Identifizierung mit Celebrities aus anderen Schichten und Milieus sowie der Stolz auf lokale „Schlösser“ verbinden die Schichten in Europa über Klassen und Stände hinweg.

Wie also unter dieser horizontalen wie vertikalen Perspektive mit der „sozialen Gerechtigkeit“ im Wahlkampf umgehen? Wer sich mit Armut beschäftigt, stößt immer auf das Einkommen, - und da gibt es viel zu tun. Aber wenn es um den Reichtum und seine Verteilung geht, dann muss über Vermögen gesprochen werden. In Sachen Erbschaftsteuer etwa erlebt man schnell, wie stark das alte ständische Gesellschaftsmodell die Vorstellung von „sozialer Gerechtigkeit“ noch immer bestimmt: Beim Vermögen verhält sich der Mensch traditionell wie ein kleiner Erbfolge-König in seinem feudalen Reich, und meist gönnt der Kleine auch dem Großen seine Pfründe. Reformen in Richtung „soziale Gerechtigkeit“ sind denn auch bei Einkommen und Armut leichter durchzusetzen als im Hinblick auf Vermögen und Reichtum, - nicht nur wegen der besseren Anwälte der Reichen.

In Kontinentaleuropa war die Erbschaft als Quelle von Einkommen wegen der Zerstörungen von Vermögenswerten und Vertreibungen im 20. Jahrhundert aus dem Blick geraten, aber im 21. Jahrhundert ist sie dank friedlicher Verhältnisse massiv zurückgekehrt. Das schlägt sich im Diskurs über Ungleichheit bereits nieder, vor allem aber in der sehr unterschiedlichen Lebenswirklichkeit von Erbenden und Nichterben. Die gesetzlichen Regelungen und die Wahlkampf-Stories hinken hinterher. Dabei sind Reformen zum Abbau von Privilegien und zur Besteuerung von Vermögen und Eigentum, das ja laut Grundgesetz „auch dem Allgemeinwohl dienen“ soll, nötig, um das „organische“ Zusammenleben auf Dauer zu sichern.

Das Muster dafür kann nicht der homogene Nationalstaat sein, sondern nur ein Gemeinwesen mit Diversität - unter Gleichen, also etwa deutschen Männerbünden in Aufsichtsräten, ebenso wie unter Ungleichen: Adel verpflichtet, der Mittelstand sichert Beschäftigung, und generell hat sich jeder anständig zu verhalten! Die Wahlkampf-Story muss auf beide eingehen: Die demokratisch-egalitären Republiken und die in der europäischen Tradition der *Schlösser* verankerten und inzwischen ja auch demokratisierten Reiche der Könige und Fürstentümer. Ein Wahlkampf für „Soziale Gerechtigkeit“ hat also die Balance zu halten zwischen Gleichheit und akzeptabel-anständiger Ungleichheit.